



## KONTAKT

Martin Brüning

Kommunikation, Projektmanagement

+49 (0) 30 / 72 62 07 - 111

MARKTWIRTSCHAFTSSTATUS CHINA

## IndustrieAllianz für fairen Handel gegen vorschnelle Entscheidungen zu MES China

Erklärung des Bündnisses „Zukunft der Industrie“ muss die Europäische Kommission in Brüssel aufrütteln

19.02.2016

Die IndustrieAllianz für fairen Handel begrüßt die vergangene Woche in Berlin veröffentlichte Stellungnahme des Bündnisses „Zukunft der Industrie“, die sich auch mit den Handelsbeziehungen zwischen China und Deutschland befasst. „Spitzenverbände, Gewerkschaften und Bundeswirtschaftsministerium geben damit gemeinsam ein klares Signal gegen eine voreilige und unbegründete Vergabe des Marktwirtschaftsstatus an China“, erklärt Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl. „Wir hoffen, dass die Erklärung die Kommission aufrüttelt“.

Die Unternehmen in Deutschland sähen sich zunehmend mit gedumpte und subventionierten Importen aus China konfrontiert. „Das Land lädt in großem Umfang seine Strukturprobleme auf dem EU-Markt ab. Würde China den Marktwirtschaftsstatus erhalten, wäre ein effektiver Schutz vor unfairen Importen nahezu unmöglich“, so Kerkhoff.

„Es darf keinen Automatismus geben“, fordert Franziska Erdle, Hauptgeschäftsführerin der Wirtschaftsvereinigung Metalle. „Wenn sich China nicht an die Kriterien der Marktwirtschaft hält, kann es auch keinen Marktwirtschaftsstatus geben.“ Auch sollte die Entscheidung zwingend mit anderen Staaten abgestimmt werden. „Sollte die EU den Marktwirtschaftsstatus gewähren, Staaten wie die USA und Japan aber nicht, drohen negative Umleitungsströme zu Lasten der deutschen Grundstoffindustrie“, so Erdle.

**„Wenn sich China nicht an die Kriterien der Marktwirtschaft hält, kann es auch keinen Marktwirtschaftsstatus geben“**

In ihrer gemeinsamen Erklärung zur Industriepolitik fordern die wichtigsten deutschen Verbände und Gewerkschaften, darunter BDI, BDA und DGB, in der Diskussion um Chinas Marktwirtschaftsstatus zunächst eine umfassende ökonomische Folgenabschätzung, eine Abstimmung mit den USA, Japan und anderen Handelspartnern, einen Sozialpartnerdialog von EU Kommission und Rat mit Gewerkschaften und Industrie, eine Debatte zur Weiterentwicklung des EU-Antidumping- und Antisubventionsrechts und eine rechtssichere Bewertung, was sich aus dem WTO-Beitrittsprotokoll Chinas ergibt.

*Die IndustrieAllianz ist ein Zusammenschluss von 14 Branchenverbänden. In den Industriezweigen sind in Deutschland mehr als 480.000 Menschen beschäftigt, die 2014 einen Umsatz von fast 150 Milliarden Euro erwirtschafteten.*

*Mehr erfahren:*

[Das Positionspapier der WVMetalle zu Marktwirtschaftsstatus China](#)